

Bericht des Landessynodalausschusses

Frühjahrssynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

München, 28. März 2023

Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Konsynodale,
sehr geehrte Mitglieder des Landeskirchenrats,
verehrte Gäste!

Gerne habe ich die Aufgabe angenommen, über die Tätigkeiten des Landessynodalausschusses seit der letzten Landessynode (gemäß unserer Geschäftsordnung) zu berichten. Der LSA hat sich im Zeitraum von November 2022 bis März 2023 dreimal zu Sitzungen getroffen, am 27. und 28. Januar, am 3. und am 26. März. Hauptsächlich wurde in diesen drei Sitzungen die gerade begonnene Synode vorbereitet, also der Ablauf und die Inhalte geplant. Dazu wurden uns alle Vorlagen, die jetzt auf der Tagesordnung stehen, von den zuständigen Abteilungsleitern und ihren Mitarbeitenden im Landeskirchenamt erläutert. Wir diskutierten die Vorlagen, die wir zumeist vorher schriftlich zugesandt bekommen und verwiesen diese dann an die Ausschüsse.

Wegen der zeitlichen Vorverlegung der Abgabefristen für die Eingaben und Anträge wurde über die Annahme der Eingaben und ihre Verweisung dieses Mal im Umlaufverfahren entschieden. Unsere sehr lange vorgeplanten Termine konnten nicht gleich den neuen Fristen angepasst werden. Die Eingaben 66 und 79 wurden nicht zugelassen, wie Sie dem Eingaben- und Antragsverzeichnis entnehmen konnten.

Der LSA prüft, ob die Eingaben formell korrekt eingereicht wurden, ob sie sich auf Sachverhalte beziehen, die in der Wahlperiode bereits behandelt wurden und ob sie sich auf Gegenstände beziehen, für die die Landessynode zuständig ist (§ 46 (2) der GeschOLS). Die Zuständigkeit ist in Art. 43 (1) der Kirchenverfassung geregelt: „Die Landessynode kann über alle kirchlichen Angelegenheiten verhandeln und dabei über Aufgaben beschließen, die sich aus dem Auftrag der Kirche für die ELKB ergeben.“

Die Eingabe 66 enthielt keinerlei Antrag, über den die Synode hätte entscheiden können und konnte daher aus formellen Gründen nicht zugelassen werden. Die Eingabe 79 behandelt die Forderung, die Landessynode der ELKB solle sich der Forderung der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland nach einem Moratorium des Braunkohleabbaus in Lützerath anschließen. Begründet wird dies unter anderem damit, dass die Braunkohle für die Sicherung der Stromversorgung in Deutschland nicht nötig und mit dem Pariser 1,5 Grad-Ziel nicht vereinbar sei. Hintergrund des Streits ist ein zwischen der Landesregierung Nord-Rhein-Westfalen, RWE und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geschlossener Vertrag, mit dem der Kohleausstieg in NRW auf 2030 (ursprünglich 2038) vorgezogen wird. Im Gegenzug dürfen in Lützerath größere Mengen Braunkohle abgebaggert werden. Weitere Dörfer in der Region bleiben vom Tagebau verschont. Der LSA wies die Eingabe mehrheitlich mangels Zuständigkeit der ELKB zurück.

Exemplarisch zwei Themen, mit denen wir uns befasst haben: Im März ging es um die Fachstelle für Interkulturelle Öffnung und die Arbeit mit evangelischen Gemeinden unterschiedlicher Sprache und

Herkunft – langer Name! Die Fachstelle stärkt, berät und unterstützt u.a. Kirchengemeinden und Dekanate seit 2017 dabei, die Herausforderungen als Kirche der Migrationsgesellschaft zu bewältigen. Es geht darum, vorhandene Potenziale zu nutzen und die eigenen interkulturellen Erfahrungshorizonte zu erweitern. Es geht auch darum wahrzunehmen, wie wichtig es für Menschen ist, die die deutsche Sprache noch nicht so gut beherrschen, Gottesdienste auf Englisch oder eine Telefonseelsorge in englischer Sprache angeboten zu bekommen. Entsprechend dankbar werden mehrsprachige Orte – wie das Café im griechischen Haus hier in München – angenommen. Die Migrationsgesellschaft betrifft die Wirklichkeit der Kirche – wie wir auch im letzten Jahr anlässlich der Vorlage der Konzeption Flucht und Migration schon gehört haben. Dennoch gab es eine lebhaftige Diskussion vor allem zu der Frage, ob es angebracht ist, die bislang befristete Projektstelle zu verstetigen. Angesichts der Bedeutung der Thematik stimmte der LSA für den Antrag.

Ein weiteres Thema, das uns bereits im Januar beschäftigt hat, ist der Vorschlag, die Wertpapierstrategie der ELKB zu ändern. Im Kern geht es darum, die Zielrendite von 3 % langfristig zu sichern. Mit der Risikobudgetierung – also unserer derzeitigen Anlagestrategie - wird zwar verhindert, dass es zu größeren Verlusten bei Kurseinbrüchen kommt. Das hat aber gleichzeitig zur Folge, dass Aktien zu einem ungünstigen Zeitpunkt verkauft werden müssen. Gekauft werden darf erst wieder, wenn die Krise überstanden ist, so dass Wertsteigerungen nicht mitgenommen werden können. Die Finanzabteilung schlägt daher eine Steuerung über eine Strategische Allokation von Anlageklassen (SAA) vor, die diese Problematik vermeidet. Bei dieser Wertpapierstrategie wird der prozentuale Anteil der jeweiligen Anlageklasse, wie Aktien, Anleihen, Immobilien, sowie die Bandbreite, innerhalb der diese gehalten werden, festgelegt. Außerhalb der Bandbreite – also sowohl positiv als auch negativ, wird verkauft. Mit dieser Strategie werden größere Kursschwankungen toleriert, aber es kann auch anti-zyklisch gehandelt werden. Langfristig ist mit dieser Strategie eine höhere Rendite zu erzielen, wie Analysen zeigen. Der Vorschlag ist bereits u.a. im Finanzausschuss diskutiert und befürwortet worden. Da eine Änderung der Wertpapierstrategie voraussetzt, dass die Anlageverordnung neu gefasst wird, muss neben dem Landeskirchenrat auch der LSA zustimmen. Bisher ist diese Verordnung aber noch nicht vorgelegt worden.

In der LSA-Sitzung am vergangenen Sonntag wurde uns das Impulspapier der Arbeitsgruppe von Mitgliedern des Finanzausschusses und des Grundfragenausschusses unter dem Titel „Kriterien für die Evaluation übergemeindlicher Aktivitäten der ELKB“ vorgelegt, das Ihnen Prof. Albrecht gerade vorgestellt hat. Die Ausschüsse werden sich entsprechend damit befassen.

Über alle anderen Themen und Vorlagen wurden Sie bereits in den ausführlichen Rundbriefen der Präsidentin und des Vizepräsidenten informiert, ich erspare uns daher weitere Ausführungen hierzu.

Im Februar gab es wieder eine Begegnung mit der Kirchenleitung des Kirchenkreises Mecklenburg und der Nordkirche, die im EBZ Bad Alexandersbad stattfand. Ich war zum ersten Mal dabei und habe wichtige Eindrücke mitgenommen. In der Nordkirche gibt es Entwicklungen aufgrund sehr geringer Mitgliederzahlen, die uns vermutlich auch bevorstehen. Bei mir ist vor allem angekommen, dass daraus viele spannende Formate und Veränderungen entstehen können und wie viel Zuversicht und Dankbarkeit ausgestrahlt wurde. Thema der Tagung war das kirchliche Engagement gegen Rechtsextremismus. Der Leiter der Projektstelle gegen Rechtsextremismus im EBZ, Martin Becher, brachte hierzu ein Thesenpapier ein. Besonders wichtig finde ich, dass die Zahl der Menschen, die „Rechts Außen“ agieren nicht größer geworden ist, sondern dass diese unter geschickter Nutzung der (sozialen)

Medien nur lauter und wahrnehmbarer geworden sind. Hier gilt es, klare Grenzen zu ziehen, gegen jegliche diskriminierenden und rassistischen Äußerungen vorzugehen und Haltung zu zeigen. Kirchliches Engagement führt hier oft zur Zusammenarbeit mit eher kirchenfernen Organisationen – und erfährt als Hüterin von Verfahren und fairer Kommunikation von diesen viel Wertschätzung und Anerkennung. Das „Bayerische Bündnis für Toleranz“ bietet Materialien u.a. zu Reaktionsmöglichkeiten auf „rechtes Reden“, die über seine Website bezogen werden können. Der gemeinsame Besuch der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg war berührend und lehrreich mit einer aufrüttelnden Führung durch den Leiter der Gedenkstätte, Prof. Dr. Jörg Skriebeleit zur Gedenkstättenarbeit und einem Vortrag von Privatdozentin Dr. Verena Grüter darüber, wie Dietrich Bonhoeffer in den USA von rechten Gruppen vereinnahmt wird.

Ich denke, mein Bericht hat gezeigt, dass im Landessynodalausschuss viel diskutiert, manchmal auch gestritten und immer um einen gangbaren Weg gerungen wird – so wie ich das auch in der Landessynode erlebe. Kirche kann hier positiv nach außen wirken und zeigen, wie schwierige Themen nicht ausgeklammert, sondern öffentlich - und vermutlich auch kontrovers - auf einer Tagung der Landessynode diskutiert werden.

Ich nehme wahr, dass wir als Kirche auch in anderen Konfliktfeldern gebeten werden, Diskussionsräume zur Verfügung zu stellen. Ein Beispiel ist das Thema „Assistierter Suizid“, mit dem wir uns ja noch befassen werden. Dankbar sind wir auch für das Gespräch von Innenminister Herrmann mit Aktiven der „Letzten Generation“, zu dem unser Landesbischof eingeladen hatte. Offenbar wird anerkannt, dass wir es schaffen, einen guten Rahmen zu bieten, in dem sich Menschen unterschiedlicher Meinung mit Respekt und auf Augenhöhe begegnen können. Und ich glaube, dass unsere Gesellschaft solche Räume braucht, dass den Extrem-Positionen die in bestimmten Medien viral gehen etwas entgegengesetzt werden muss. Es braucht wirkliche Kommunikation, Grautöne neben schwarz und weiß. Es braucht geschützte Räume, um einander wahrzunehmen, die unterschiedlichen Positionen zu hören, andere Meinungen zuzulassen. Sorgen wir dafür, dass mehr Diskussionsräume im kirchlichen Rahmen, aber offen für jeden und jede, eröffnet werden, wo jede Stimme gehört und ernst genommen wird und auf Augenhöhe diskutiert wird! Kirche kann damit zeigen, dass wir es ernst nehmen, dass jeder Mensch als geliebtes Geschöpf und Ebenbild Gottes angesehen wird und damit ihren Teil zur Stärkung der Demokratie leisten.

Abschließend danke ich vor allem

- KR Thomas Prieto Peral, der nach Ausscheiden des Referenten der Landessynode einen Teil von dessen Aufgaben übernommen hat und den LSA sehr unterstützt;
- Michael Bauer, der auf jede unserer Fragen blitzschnell eine Antwort weiß und es uns ermöglicht, mittlerweile ziemlich professionell, auch hybrid zu tagen;
- OKR Dr. Nikolaus Blum und OKR Prof. Dr. Hans-Peter Hübner, die den Landeskirchenrat verlässlich im LSA vertreten, und
- natürlich - den 14 übrigen LSA-Mitgliedern, allen voran unserer ehrenamtlich tätigen Präsidentin für die enorme Arbeit und Zeit, die sie in dieses Gremium investieren, damit die Landessynode auch zwischen den Tagungen handlungsfähig ist.

Vielen Dank!